

Ein Gleichnis:

In einem internationalen Skilager für Spitzensportler¹ (nicht unbedingt der Sportart Skifahren) wird den Teilnehmern das Fahren auf der gesicherten Piste bald zu langweilig. Denn es ist öde, mit „normalen“ Skifahrern die Bahn zu teilen. Außerdem kann man sein Können nicht richtig zeigen, weil durch die hohe Anzahl der Skifahrer zu viele „Hindernisse“ vorhanden sind (ich unterstelle, dass alle Sportler auch gut Skifahren).

Bald entdeckt man abseits der Piste einen unberührten Hang mit bestem Tiefschnee – dem Traum aller Skifahrer. Leider soll es sich um einen Lawinengang handeln. Ungeachtet dessen fährt zuerst ein Teilnehmer besagten Hang hinab, weitere folgen zögernd. Nachträgliche Recherchen ergeben, dass die ersten Fahrer in ihrer eigentlichen Sportart nicht besonders erfolgreich sind und den anderen beweisen müssen, dass sie mit Recht zu „Spitzensportlern“ gehören.

Bereits am zweiten Tag benutzen fast alle Sportler den Hang, am dritten Tag mischen sich auch „normale Touristen“, ja sogar „Einheimische“ darunter. Der ursprüngliche Tiefschnee ist nun platt gefahren, aber nebenan ist ein noch steilerer Hang mit Tiefschnee u.s.w.

Lawinenkundige und die Bergwacht warnen und wollen einschreiten, sie werden jedoch von den örtlichen Politikern mit dem Hinweis, man würde hinsichtlich des Treffpunkts für die Spitzensportler ins Hintertreffen geraten, davon abgehalten. Außerdem solle man doch die Selbstverantwortung von Sportlern achten, die sehr wohl wüssten, was sie tun.

Es kommt, wie es kommen muss. Bei „geeigneter“ Wetterlage löst sich eine massive Lawine, die sehr viele Fahrer verschüttet.

Es folgt ein Großeinsatz zunächst aller umliegenden Bergwachten, später mit internationaler Beteiligung (die Sportler kamen aus vielen Ländern), der sich über mehrere Tage hinzieht.² Unter Einsatz des eigenen Lebens versuchen die Retter, mit allen verfügbaren Mitteln die Verschütteten zu retten, wobei natürlich der „Prominenz“ die Aufmerksamkeit gilt. Das erste ausgegrabene Opfer ist tot, es handelt sich um einen Amerikaner aus altem Adelsgeschlecht, der zu den „Erstfahrern“ gehörte. Weitere Tote und schwer Verletzte folgen, darunter auch solche, die zeitlebens gelähmt bleiben oder hirngeschädigt sind. Die letztgenannte Gruppe kann nur unter großem dauerhaftem Pflegeaufwand am Leben erhalten werden. Gott sei Dank können die meisten Verschütteten ohne große Schäden geborgen werden und erholen sich nach dem Schreck schnell. Böse Gerüchte besagen, dass die „Touristen“ besonders viele schwer Verletzte und Tote zu verzeichnen hatten, jedoch kümmert sich kaum jemand um diese Gruppe.

Nach dem Unglück werden Schuldige gesucht und auch gefunden: Die Bergwacht, die angeblich nicht dringend genug gewarnt hat, die Organisatoren des Skilagers, die mangelnden Gesetze, die „Politiker“, auch Fehler beim Rettungseinsatz und mangelnde „internationale“ Koordination, schließlich auch die Skifahrer selbst. Es kommt zu Klagen von Angehörigen der Todesopfer und der dauerhaft Geschädigten. Die Aufregung ist groß, die Politiker verlangen durchgreifende Konsequenzen für den Wintersport, die Presse und Fachliteratur unterbreitet eine Vielzahl von Änderungsverschlüssen, die sich seltsamerweise alle in ihren Konsequenzen unterscheiden. Einige in der Presse „ausgeschlachtete“ Opfer erhalten großzügige Spenden.

¹ Weil es sich um ein Gleichnis über Banken handelt, können wir davon ausgehen, dass es sich nur um Männer handelt.

² Man möge mir die Ungenauigkeit verzeihen, dass bei der Lawinenrettung nach einer Stunde praktisch keine Überlebenschance mehr besteht.

Doch irgendwann beruhigt sich die Öffentlichkeit wieder und es wird still um das eingetretene Unglück, die Gerichtsprozesse ziehen sich hin etc. etc. Die Partei „Freie Fahrt für freie Skifahrer“ legt bei der Wahl deutlich zu.

Was wird wirklich geändert? **Nichts!**

Was heißt das für die „Krise“?

Mit Stand Herbst 2009 ist die Krise angeblich vorüber, der Aufschwung in Sicht, die Toten sind unter dem Motto der „Marktbereinigung“ begraben, die Schwerverwundeten liegen im Krankenhaus und warten auf Besserung. Wurde außer der Diskussion darüber schon ein einziges Gesetz geändert? Wo dies geschehen ist („Deckelung“ auf 500.000 € Gehalt), wurden neue Möglichkeiten gefunden, dies zu umgehen.

Was wird noch zukünftig geändert werden? Ich prognostiziere: Es wird nichts geschehen, das durch staatliche Eingriffe wirkliche Änderungen bewirken wird.

Was sollte man tun?

Ich meine, wirklich **nichts** außer: Man sollte der Finanzindustrie und den Anlegern klar machen, dass der Staat ein zweites Mal nicht unter Einsatz des eigenen Überlebens hilft (eventuell auch gar nicht mehr helfen kann). **Das Risiko müssen diejenigen tragen, die es eingehen.** Man sollte aber den Instituten tunlichst überlassen, in welchem Ausmaß und wo sie dies tun wollen. Wenn die sogenannte „Systemrelevanz“ greift, darf nicht der Schutz des Instituts, sondern nur der Schutz der Gläubiger im Vordergrund stehen, wobei diese sich bewusst sein müssen, dass sie mit Quoten am Gesamtschaden beteiligt werden.

Verstärkt werden müssen die **Informationspflichten** der Institute, Transparenz durch strikte Bewertung mit Marktwerten (der gute alte „Barwert“ lässt grüßen) muss der kosmetischen Buchführung weichen, die nun allenthalben wieder gefordert wird. Denn das mangelnde „Vertrauen“ kann nur dann hergestellt werden, wenn bestmögliche Klarheit über die Lage des Instituts herrscht. **„Vertrauen“ muss durch „Wissen“ und umfassende Information ersetzt werden.** Ich glaube aber nicht wirklich daran, dass sich hier etwas ändern wird, denn die aktuellen Vorschläge gehen in die völlig andere Richtung. Das Motto lautet offensichtlich: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.“ Und die Verschleierung durch die herkömmliche Bilanzierung feiert fröhliche Renaissance.

Ein positives Beispiel: Im Internet werden nun die Förderungen der Landwirtschaft offen gelegt. Z.B. findet man unter meinem Namen eine Summe von 3.150 € für Waldumbau. Man findet aber auch die Förderung des Tabakanbaus und der Zuckerrüben in Deutschland. Das belebt die Diskussion und wird für eine sinnvollere Verteilung der Mittel sorgen.

Zum Verbraucherschutz:

Wenn der Kunde nicht erkennen kann, was er kauft und insbesondere falsch oder unvollständig informiert wird, benötigt er den Schutz und die Hilfe des Staates. Deutlich sollte aber werden, dass die Einstellung „das habe ich nicht verstanden“ oder „ich kann Risiken eingehen, weil mir der Staat, das Gericht etc. später hilft“, keinen Schutz verdient. Wer risikolose Geldanlagen wünscht, muss mit den Zinsen des deutschen Staats zufrieden sein. Dieser bietet Geldanlagen in ausreichender Auswahl und benötigt auf absehbare Zeit viel Geld (zur Tilgung der vergebenen Hilfen). Außerdem gibt es noch Pfandbriefe.